

N i e d e r s c h r i f t

über die 3. Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss in seiner 6. Wahlperiode am 30.03.2000 im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Müller, Ulrich (nicht anwesend)	
Vertreter: Ditz, Hans-Joachim	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz (nicht anwesend)	
Vertreterin: Prondzinsky, Marion	CDU-Fraktion
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Pruin, Stefan (nicht anwesend)	
Vertreterin: Stamm, Andrea	Fraktion Grüne
Enseroth, Ina-Carola (nicht anwesend)	
Vertreter: Von Wallis, Winfried	Fraktion MBM/F.D.P.
Schmidt, Maike	Fraktion PETO
Spiecker, Gerd	
Herrmann, Max	
Warden, Marion	
Müchler, Gerhard	
Brock, Hans Peter	
Trost, Uwe	
Bosbach, Hans	
Frömmer, Martin	
Hohmeier, Michael	
Boldt, Günther	

Beginn der Sitzung 18:00 Uhr

Ende der Sitzung 19:26 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift vom (16.02.2000)
- Ö 3. 2000/0403 Ausführung von Beschlüssen der letzten Sitzung
- Ö 4. 2000/0343 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe
- Ö 5. 2000/0363
 - a) Bebauungsplan Nr. 94 M (Industrie- und Gewerbegebiet Am Kielsgraben)
 - b) Bebauungsplan Nr. 94.1 M (Gewerbegebiet Am Kielsgraben)
 - zu a) Teilung in die Bebauungspläne Nr. 94.1 M und 94.2 M
 - zu b) 1. Verzicht auf die frühzeitige Bürgerbeteiligung
 - 2. Öffentliche Auslegung
 - 3. Abschluss eines Erschließungsvertrages
- Ö 6. 2000/0407 Lärmbelästigung Bürgerhaus Baumberg
- Ö 7. Mündliche Anfragen
- Ö 8. Mündliche Mitteilungen

Nichtöffentliche Sitzung

- NÖ 9. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- NÖ 10. Kenntnisnahme der Niederschrift vom (16.02.2000)
- NÖ 11. 2000/0404 Ausführung von Beschlüssen der letzten Sitzung vom 16.02.2000
- NÖ 12. 2000/0393 Personalangelegenheit; Ausnahme von der Wiederbesetzungssperre: Externe Einstellung von 2 Schulsekretärinnen/Schulsekretären
- NÖ 13. 2000/0406 Personalangelegenheit; Ausnahme von der Wiederbesetzungssperre: Einstellung eines Angestellten
- NÖ 14. 2000/0411 Grundstücksangelegenheit; Verkauf im Gewerbegebiet Daimlerstraße
- NÖ 15. 2000/0397 Vertragsangelegenheit; Nutzungsvertrag für die Anlegung eines Fuß- und Radweges mit dem Wasser- u. Schiffsamt Köln
- NÖ 16. Mündliche Anfragen
- NÖ 17. Mündliche Mitteilungen

Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 16.02.2000

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

Ö 3. 2000/0403 Ausführung von Beschlüssen der letzten Sitzung vom 16.02.2000

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der Sitzung vom 16.02.2000 zur Kenntnis

Ö 4. 2000/0343 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe

Der Ausschuss beschließt:

Zu Gunsten der Haushaltsstelle 2.2400.9830.01 "Umlage Berufsschulzweckverband Opladen" wird einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 68.484,00 DM zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Bürgerfragestunde

Die Sitzung wird um 18.17 Uhr für die Bürgerfragestunde unterbrochen. Es werden keine Fragen gestellt.

- Ö 5. 2000/0363**
- a) Bebauungsplan Nr. 94 M (Industrie- und Gewerbegebiet Am Kielsgraben)**
 - b) Bebauungsplan Nr. 94.1 M (Gewerbegebiet Am Kielsgraben)**
 - zu a) Teilung in die Bebauungspläne Nr. 94.1 M und 94.2 M**
 - zu b) 1. Verzicht auf die frühzeitige Bürgerbeteiligung**
 - 2. Öffentliche Auslegung**
 - 3. Abschluss eines Erschließungsvertrages**

Seitens der CDU-Fraktion wird geäußert, dem Verwaltungsvorschlag so zuzustimmen. Die Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt die Frage, ob außerhalb des Bebauungsplangebietes die Möglichkeit gegeben sei, Niederschlagswasser zu versickern. Die Verwaltung entgegnet, dass dort keine Möglichkeit der Versickerung bestehe, da es in der Umgebung keine Flächen gebe, auf die die Stadt Zugriff habe. Der alte Bebauungsplan 35/36 M sei vor 1980 erstellt worden. Zu der Zeit habe man über solche Dinge noch nicht nachgedacht. Die Vorsitzende der SPD-Fraktion erklärt, der Vorlage ebenfalls zuzustimmen. Allerdings sei anzumerken, dass auch hier auf das Einzelhandelskonzept Bezug genommen werde. Von daher wäre es hilfreich gewesen, wenn das Einzelhandelskonzept als Anlage hätte beigefügt werden können.

Der Ausschuss beschließt:

Zu b) 3. Die Verwaltung wird bevollmächtigt, mit dem Investor einen Erschließungsvertrag für das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 94.1 M abzuschließen und die Einzelheiten hierzu festzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 6. 2000/0407 Lärmbelästigung Bürgerhaus Baumberg

Der Bürgermeister führt aus, dass zu diesem Tagesordnungspunkt als Tischvorlage noch ein Schreiben der Anwohner des Bürgerhauses Baumberg vom 23.Mai 2000 verteilt worden sei. Die

Verwaltung sei in der Lage, zu jeder der unter 2., 3. und 4. aufgeführten Beanstandungen Erklärungen abzugeben, soweit das dann gewünscht werde. Kurz gesagt steuere vieles darauf hin, dort einen Hausmeister einzusetzen und die jeweiligen Kosten dem Veranstalter in Rechnung zu stellen. Desweiteren sollte durch Gespräche mit den Anliegern versucht werden, beide Positionen in den Griff zu bekommen.

Die Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bemerkt, dass sie Probleme habe, sich zu positionieren bezüglich der Forderungen der Anwohner. Zum anderen habe man sich in der Fraktion an der Vorlage orientiert und auch bereits Gespräche geführt. Sie könne daher darüber nicht abstimmen, hätte aber nichts dagegen, wenn die Verwaltung ihre Einschätzung mitteilt.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion äußert, dass man eine erarbeitete Vorlage der Verwaltung habe. Zu dem Problem habe jetzt eine Bürgerin den Bürgermeister in seiner Funktion als Bürgermeister angeschrieben. In dem Schreiben stehe nicht, dass dies an den Haupt- und Finanzausschuss oder an ein sonstiges Ratsgremium gehen solle. Der Bürgermeister möge daher im Rahmen seiner normalen Verwaltungstätigkeit die Anfrage als Geschäft der laufenden Verwaltung erledigen. Der Haupt- und Finanzausschuss habe damit nichts zu tun.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass man sich ebenfalls auf die Vorlage konzentriert habe. Das Schreiben der Bürgerin sei nicht Gegenstand dieser Beratung. Mit der Vorlage habe man kein Problem. Neue Vorschläge müßten vorher eingebracht und diskutiert werden.

Der Vorsitzende der Fraktion MBM/F.D.P schlägt ebenfalls vor, sich mit der Verwaltungsvorlage zu befassen. Das Schreiben der Bürgerin sollte als Anregung an die Verwaltung aufgefasst werden, sich mit weiteren Maßnahmen zu beschäftigen, über die man dann zu gegebener Zeit sprechen könne.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion weist darauf hin, dass bei allen Überlegungen die Funktion des Bürgerhauses nicht verloren gehen dürfe. Ausnahmen sollten daher immer möglich sein, wenn sichergestellt ist, dass die Anwohner nicht belästigt werden. Heute könne man durchaus zur Kenntnis nehmen, was die Verwaltung gedenkt zu tun.

Nach längerer Diskussion führt der Sprecher der CDU-Fraktion zum weiteren Verfahren aus, über das Schreiben der Anwohner des Bürgerhauses nicht zu diskutieren. Er schlägt vor, wie folgt zu verfahren: Die Fraktionen haben ihre Meinung kundgetan, die Verwaltung nimmt dies zur Kenntnis und versucht, alle Punkte in ein Konzept als Geschäft der laufenden Verwaltung einzuarbeiten und das Ganze dann in der Ratssitzung nochmals zur Kenntnis vorzulegen. Man habe dann eine komplette Übersicht über das, was die Verwaltung jetzt eigentlich geplant habe. Als Ratsmitglied könnte man dann auch, falls man von Bürgerinnen oder Bürger angesprochen werde, entsprechend Auskunft geben.

Der Bürgermeister entgegnet, dass so verfahren werden könne. Die Verwaltung habe die einzelnen Punkte, die in dem Schreiben von den Bürgerinnen und Bürgern aufgearbeitet worden sind, durchgesprochen. Man könne daher anbieten, in der Ratssitzung schriftlich Mitteilung darüber zu geben, wie in den einzelnen Punkten verfahren wird. Es könne veranlasst werden, dass maßgebliche Punkte, wie z. B. die Entgeltordnung Bürgerhaus, überarbeitet werden.

Der Ausschuss ist mit diesem Verfahren einverstanden.

Ö 7. Mündliche Anfragen

Ö 7.1 Mündliche Anfrage der Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Ratsfrau Hengsberger SPD-Veranstaltung am 1. Mai auf dem Ernst-Reuter-Platz

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion bemerkt, dass die SPD seit über 20 Jahren am 1. Mai auf dem Ernst-Reuter-Platz ein Familienfest durchführt. Sie fragt, wann in diesem Jahr mit der Genehmigung dieser Veranstaltung zu rechnen ist.

Der Bürgermeister entgegnet, dass der Antrag für die Nutzungsgenehmigung am 20.03.2000 hier erst eingegangen ist. Die Verwaltung habe kein Problem mit der Veranstaltung und mit der Nutzungsgenehmigung. In einem Artikel in der NRZ sei kritisiert worden, dass am gleichen Tage auch eine Veranstaltung von der BTV (Autoshow) in der Verlängerung der Friedrichstraße/Rathauscenter stattfinden wird. Auch diese Veranstaltung sei bzw. werde genehmigt. Die Kritik, dass durch diese Autoshow das Kinder- bzw. Familienfest gestört werde, könne er nicht teilen. Er meine, dass sich beides gegenseitig belebt. Auf nochmalige Nachfrage der Vorsitzenden der SPD-Fraktion erklärt der Bürgermeister, dass die BTV den Ernst-Reuter-Platz am 1. Mai 2000 nicht benötigt. .

Ö 8. Mündliche Mitteilungen

Ö 8.1 Voigtshofkapelle

Der Bürgermeister teilt mit, dass die eigentumsrechtliche Situation der Voigtshofkapelle mit heutigem Datum geklärt sei. Sämtliche Unterschriften seien erteilt. Jetzt könne mit der Restaurierung begonnen werden. Er beabsichtige, mit Vertretern des Heimatbundes und mit Herrn Emil Drösser einen gemeinnützigen Verein zu gründen, der für die Restaurierung der Voigtshofkapelle verantwortlich sein soll. Er selbst werde auch kurzfristig Gespräche mit Sponsoren führen, die ihre Geldspenden davon abhängig gemacht hätten, dass der eigentumsrechtliche Übergang stattfindet.

Ö 8.2 Deichprojekt

Die Verwaltung teilt mit, im Zuge des Deichprojektes habe sich eine Entwicklung ergeben, die einerseits der Stadt eine Menge Kosten sparen wird, andererseits aber auch einen nicht sehr schönen Eingriff bedeute. Die Schaltstation der Fa. Bayer, die im Scheitelpunkt des jetzigen Deiches liege, müsse dort weggenommen werden. Es sei geplant gewesen, dass diese Schaltstation am Heilerberg neben der dortigen Schaltstation neu errichtet wird. Die weiteren Überlegungen im Zuge dieser ganzen Leitungsführung haben ergeben, dass es im Bayer-Landwirtschaftszentrum selbst Kapazität genug gibt, diese Schaltstation unterzubringen ohne sie neu zu bauen. Das heiße aber, dass man ein Stromkabel und ein Schaltkabel aus dem Bereich des Rheinbogens bis zum Bayer-Pflanzenschutzzentrum ziehen müsse. Das Ganze werde der Stadt ca. 1 Mio.DM weniger kosten. Unglücklicherweise gehe diese Trasse auf einem bestehenden Leitungsrecht an der Alfred-Nobel-Straße genau daher, wo die Biologische Station zusammen mit der Anton-Schwarz-Schule eine Hecke gepflanzt habe. Diese Hecke müsse leider weggenommen werden. Die Fa. Bayer habe sich jedoch bereit erklärt, diese Hecke nach der Baumaßnahme dort wieder neu anzupflanzen. Da die Pflanzen noch sehr jung seien, könnten sie vorübergehend an eine andere Stelle umgepflanzt werden und dann später wieder zurückkehren. Die Verwaltung teile dies mit, damit jeder Bescheid wisse und Nachfragen vermieden werden. Es hätte vorher keinen wissen können, dass diese Trasse jetzt plötzlich benötigt werde.